

Volker M. Haug

# Partizipationsrecht

Fundierung und Vermessung eines Rechtsgebiets



Nomos



**Nomos**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Philip Kunig, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Gerhard Robbers, Universität Trier

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Universität Freiburg

*Volker M. Haug*

# Partizipationsrecht

*Fundierung und Vermessung eines Rechtsgebiets*

Nomos Verlagsgesellschaft

*Prof. Dr. Volker M. Haug, geb. 1965, studierte Rechtswissenschaft in Tübingen. Erstes Staatsexamen 1992, Promotion zum Dr. iur. 1994, Zweites Staatsexamen 1995. Berufliche Tätigkeit in verschiedenen Leitungsfunktionen der baden-württembergischen Ministerialverwaltung, daneben Lehrbeauftragter und seit 2003 Honorarprofessor der Universität Stuttgart. Hauptberuflicher Wechsel in die Wissenschaft 2011 zunächst als Ministerialrat im Hochschuldienst (Universität Stuttgart) und seit 2019 als Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Staats-, Europa- und Medienrecht an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, dort seit 2023 auch Geschäftsführender Direktor des Ludwigsburger Demokratie Instituts. Habilitation 2024.*

Förderung der Open Access-Publikation durch die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl. Habil., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2024

1. Auflage 2024

© Volker M. Haug

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-1320-3

ISBN (ePDF): 978-3-7489-1823-3

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748918233>



Onlineversion  
Nomos eLibrary

Schrift: Sabon 9,3 auf 12,4 pt. Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und fadengeheftet.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

*Meiner Familie*



---

## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Habilitationsschrift angenommen und will für die Rechtswissenschaft einen Beitrag zur Etablierung des Partizipationsrechts als neues und eigenständiges Rechtsgebiet leisten. Ebenso soll es diejenigen Forschungsdisziplinen, die sich intensiv mit dem Phänomen der Partizipation befassen, in juristischer Hinsicht unterstützen.

Mit meinem Wechsel an die Universität Stuttgart, wo ich als Ministerialrat im Hochschuldienst und Honorarprofessor den juristischen Lehrstuhl neu aufgebaut habe, bot sich mir mit der Entwicklung des kurz darauf eingerichteten Masterstudiengangs „Planung und Partizipation M. Sc.“ die Gelegenheit, die juristischen Lehranteile des Curriculums forschungsmäßig durch die Etablierung eines demokratietheoretisch und öffentlich-rechtlich spannenden Forschungsschwerpunkts im Partizipationsrecht zu unterfüttern. Dieses Buch stellt nun das zusammenfassende und vertiefende Gesamtergebnis dieser Forschungstätigkeit aus den vergangenen zwölf Jahren dar. Dabei greife ich an einigen Stellen (mitunter sogar mit identischen Formulierungen) auf meine Publikationen aus dieser Zeit zurück, die jedoch sämtlich ausgewiesen, aktualisiert, weiterentwickelt und in geringen Teilen auch korrigiert worden sind.

Ziel dieser Arbeit ist es, neben der Fundierung einen möglichst umfassenden Überblick zum deutschen Partizipationsrecht im Sinn des hier vertretenen Begriffsverständnisses zu bieten. Rechtsetzung, Rechtsprechung und Literatur sind umfassend bis Februar 2023 – und punktuell bis Dezember 2023 – berücksichtigt. Allerdings wäre es vermessen, angesichts der Vielfalt der Normen auf Bundes- und Länderebene sowie der Dynamik dieses jungen Rechtsgebiets einen Anspruch letzter Vollständigkeit zu erheben. In seltenen Fällen wird im Landesrecht mit beispielhaften Verweisen – überwiegend baden-württembergischer Natur – gearbeitet. Außerdem bemühe ich mich um eine geschlechtersensible Sprache, soweit darunter die Sache, die Lesbarkeit und die Verständlichkeit nicht leiden. Dies gilt etwa für die Verwendung des Wortes „Gesetzgebung“ anstelle des tradierten Singularbegriffs „Gesetzgeber“. In vielen Fällen aber ließ sich der Gebrauch des generischen Maskulinums nicht vermeiden, das (bekanntlich) alle Geschlechter umfassen soll.

Schließlich ist es eine schöne Tradition, das Vorwort auch als Ort der Danksagung zu nutzen. So ist es mir zunächst ein Anliegen, meiner Hochschule (für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg) nicht nur für die Arbeitsmöglichkeiten, ohne die dieses Buch nicht möglich gewesen wäre, zu danken, sondern auch für die großzügige Förderung der Open Access-Publikation trotz äußerst überschaubarer Ressourcen. Ebenso danke ich Prof. Dr. Philip Kunig, Prof. Dr. Gerhard Robbers und Prof. Dr. Andreas Voßkuhle für die Aufnahme der Arbeit in die von ihnen



herausgegebene Reihe „Neue Schriften zum Staatsrecht“ sowie Dr. Matthias Knopik und dem Nomos-Verlag für die schnelle und professionelle Drucklegung.

Ganz besonders danke ich Prof. Dr. Winfried Kluth für seine Bereitschaft zur Betreuung des Projekts als Habilitationsschrift, für vielfältige weiterführende Anregungen und – wie auch Prof. Dr. Michael Germann und Prof. Dr. Matthias Rossi – für die Begutachtung der Arbeit. Mein weiterer Dank gilt Prof. Dr. Ortwin Renn, der meine Aufmerksamkeit so nachhaltig auf das Phänomen der Partizipation gelenkt hat, Prof. Dr. Arne Pautsch für zahlreiche intensive und freundschaftliche Diskussionen zur Erhärtung oder Korrektur von Standpunkten, sowie Prof. Dr. Angelika Vetter und Prof. Dr. Frank Brettschneider für Hinweise und Rat bei der Adaption sozialwissenschaftlicher Forschungserträge.

Mein größter Dank gilt meiner Familie, der dieses Buch gewidmet ist – meinen Eltern Regine und Dieter Haug, die vor langer Zeit meine Entscheidung für die Rechtswissenschaft trotz anderweitiger familiärer Berufsvorstellungen akzeptiert und unterstützt haben, meiner Frau Gaby Otterbach-Haug für ihr immerwährendes Verständnis für meine wissenschaftliche Arbeit in über 30 Ehejahren und schließlich meinen Kindern Nina Haug, Dr. Niko Haug und Nad Otterbach für ihre vielfältige, erfüllende und anhaltende Bereicherung meines Lebens.

Aichwald-Krummhardt, im Juni 2024

*Volker M. Haug*

---

## Inhaltsverzeichnis

|  | Seite |
|--|-------|
| Abkürzungsverzeichnis  | 29    |
| Einführung   | 43    |
| I. Wachsende Bedeutung von Partizipation und ihrer rechtlichen Konturierung            | 43    |
| II. Gang der Darstellung   | 50    |
| 1. Kapitel: Allgemeiner Teil   | 55    |
| I. Begriff des Partizipationsrechts  | 55    |
| 1. Fehlender terminologischer Konsens in der Rechtswissenschaft                        | 55    |
| 2. Sozialwissenschaftliches Verständnis von Partizipation                              | 58    |
| a) Allgemeines Begriffsverständnis in der Politikwissenschaft und in der Soziologie    | 58    |
| b) Ermittlung der einzelnen Definitionsmerkmale  | 59    |
| c) Begriffliche Unterrubriken  | 60    |
| (1) Konventionelle und unkonventionelle Partizipation                                  | 60    |
| (2) Verfasste und unverfasste Partizipation  | 61    |
| (3) Legale und illegale Partizipation  | 61    |
| 3. Entwicklung eines rechtswissenschaftlichen Begriffsverständnisses von Partizipation | 62    |
| a) Übertragung sozialwissenschaftlicher Begriffselemente                               | 62    |
| (1) Partizipationssubjekt  | 63    |
| (2) Partizipationstätigkeit  | 64    |
| (3) Partizipationsobjekt   | 65    |
| (4) Fakultativcharakter von Partizipation  | 65    |
| b) Vorschlag einer juristischen Definition von „Partizipation“                         | 67    |
| 4. Weiterentwicklung zu einem Partizipationsrechts-Begriff                             | 68    |
| a) Hinzufügung spezifisch rechtswissenschaftlicher Begriffselemente                    | 68    |
| (1) Rechtsnormbasierung  | 68    |
| (2) Erzeugung von Verbindlichkeit  | 69    |
| b) Vorschlag einer Definition von „Partizipationsrecht“                                | 70    |
| II. Kategorialer Charakter und Gegenstände des Partizipationsrechts                    | 70    |
| 1. Partizipationsrecht als eigene juristische Kategorie                                | 70    |
| 2. Gegenstände und Substruktur des Partizipationsrechts                                | 71    |
| a) Sozialwissenschaftliches Vorbild  | 71    |

|  |     |
|--|-----|
| b) Rechtswissenschaftliche Adaption  | 73  |
| (1) Information durch Informationsrechte                                       | 73  |
| (2) Einflussnahme durch Artikulationsrechte                                    | 74  |
| (3) Mitwirkung durch Mitgestaltungsrechte                                      | 75  |
| (4) Entscheidung durch Entscheidungsrechte                                     | 75  |
| III. Allgemeine Grundlagen   | 76  |
| 1. Ursprünge und Entwicklung von Partizipation                                 | 76  |
| a) Antike und Mittelalter  | 76  |
| b) 19. Jahrhundert   | 77  |
| c) 20. Und 21. Jahrhundert   | 80  |
| 2. Dogmatische Fundierung  | 84  |
| a) Demokratieprinzip   | 84  |
| b) Menschenwürde   | 88  |
| c) Republikprinzip   | 90  |
| d) Selbstverwaltungsprinzip  | 94  |
| e) Verfassungsrechtliche Pflicht zu einem<br>partizipationsrechtlichen Angebot | 98  |
| 3. Stärken und Schwächen   | 100 |
| a) Stärken   | 100 |
| b) Schwächen   | 101 |
| (1) Innovationskritische und partikularistische Tendenz                        | 101 |
| (2) Überschätzungsgefahr   | 102 |
| (3) Verstärkung der sozialen Ungleichheit im politischen<br>Prozess            | 104 |
| (4) Konflikterzeugung oder -verschärfung?                                      | 105 |
| IV. Funktionen   | 105 |
| 1. Grundlegende Funktioneneinteilung   | 105 |
| 2. Demokratiebezogene Funktionen   | 106 |
| a) Legitimationsfunktion   | 106 |
| (1) Traditionell-monistische Auffassung  | 107 |
| (2) Moderne Auffassungen, insbesondere das<br>pluralistische Konzept           | 112 |
| (3) Legitimatorische Relevanz von Partizipation                                | 114 |
| b) Akzeptanzfunktion   | 122 |
| (1) Bedeutung  | 122 |
| (2) Akzeptanzbegriff   | 125 |
| (3) Relativität von Beschleunigungserwartungen                                 | 127 |
| c) Transparenz- und Kontrollfunktion   | 128 |
| d) Ausgleichsfunktion  | 129 |

|   |     |
|---|-----|
| 3. Rechtsstaatsbezogene Funktionen  | 130 |
| a) Qualitätsfunktion  | 130 |
| b) Grundrechtssicherungsfunktion  | 132 |
| 2. Kapitel: Informationsrechte  | 135 |
| I. Bedeutung  | 135 |
| II. Allgemeine Informationszugangsrechte  | 137 |
| 1. Das allgemeine Informationsrecht in internationalen Menschen- und Bürgerrechtsvereinbarungen   | 137 |
| a) UN-Menschenrechtserklärung   | 137 |
| b) Europäische Menschenrechtskonvention   | 138 |
| c) Internationale Pakte über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte                          | 139 |
| d) Geltung für und in Deutschland   | 141 |
| 2. Die allgemeine Informationsfreiheit im Unionsrecht   | 142 |
| a) Entwicklung und (primär-)rechtliche Reichweite des unionalen Informationsfreiheitskonzepts   | 142 |
| (1) Entwicklung des unionalen allgemeinen Informationsfreiheitskonzepts   | 142 |
| (2) Reichweite des (primär-)rechtlichen Informationszugangsanspruchs  | 143 |
| b) Dokumentenzugang   | 145 |
| (1) Primärrechtliche Grundlage in Art. 15 Abs. 3 AEUV, 42 GRC   | 145 |
| (2) Dokumentenzugangsverordnung (VO 1049/2001)  | 146 |
| (3) Proaktive Veröffentlichungspflichten  | 151 |
| c) Öffentlichkeit der Gesetzgebung  | 152 |
| d) Informationsfreiheitsrechtliche Vorgaben für die Mitgliedstaaten   | 154 |
| 3. Grundgesetz  | 155 |
| a) Grundrecht der Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2. Hs. GG   | 155 |
| b) Argumentationsansätze für einen grundgesetzlichen Informationszugangsanspruch  | 157 |
| (1) Staatsstrukturprinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und der Republik, Art. 20 Abs. 1 GG   | 157 |
| (2) Subjektivrechtlicher Informationszugangsanspruch aus Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2. Hs. GG i.V.m. dem Demokratie- und Republikprinzip, Art. 20 I GG | 161 |

|   |     |
|---|-----|
| (3) Informationsanspruch als Folge einer Vorsorgepflicht<br>des Staates aus Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2. Hs. GG | 163 |
| (4) Aktivierung der grundrechtlichen<br>Informationsfreiheit  | 165 |
| 4. Landesverfassungsrechtliche Bestimmungen   | 166 |
| a) Überblick  | 166 |
| b) Allgemeine Informationsfreiheitskonzepte   | 168 |
| c) Einschränkungen  | 169 |
| 5. Das allgemeine Informationsfreiheitsrecht auf<br>einfachgesetzlicher Ebene                             | 170 |
| a) Vorbemerkung: Überblick zum Stand der<br>Informationsfreiheit in Deutschland                           | 170 |
| (1) Freiheit von höherrangigen Vorgaben   | 170 |
| (2) Entwicklung der Informationsfreiheitsgesetzgebung in<br>Bund und Ländern                              | 172 |
| (3) Kommunales Informationsfreiheitsrecht   | 175 |
| b) Zugangsanspruch  | 176 |
| (1) Anspruchsberechtigte und -verpflichtete   | 176 |
| (2) Anspruchsgegenstand   | 181 |
| (3) Zusätzliche Transparenzpflichten<br>(„Open Data“-Ansatz)  | 182 |
| c) Ablehnungsgründe   | 184 |
| (1) Öffentliche Belange   | 185 |
| (a) Schutz der staatlichen Funktionen   | 185 |
| (b) Schutz der Funktions- und Handlungsfähigkeit<br>der informationspflichtigen Stellen                   | 187 |
| (2) Private Belange   | 189 |
| (a) Bedeutung   | 189 |
| (b) Personenbezogene Daten  | 190 |
| (c) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse  | 191 |
| (d) Geistiges Eigentum  | 194 |
| d) Verfahren  | 195 |
| (1) Antragstellung  | 195 |
| (2) Pflicht zur Überprüfung der inhaltlichen Richtigkeit  | 196 |
| (3) Einbeziehung Dritter, Entscheidung und Rechtsschutz   | 197 |
| (4) Bereitstellung der Informationen  | 199 |
| (5) Gebührenpflicht   | 200 |
| e) Nutzung des IFG auf Bundesebene  | 201 |
| f) Die Besonderheiten der Landesgesetzgebung im Überblick   | 202 |

|   |     |
|---|-----|
| III. Sektorale Zugangsrechte zu Umweltinformationen                       | 205 |
| 1. Die Aarhus-Konvention  | 206 |
| a) Entstehung und Bedeutung der Aarhus-Konvention                         | 206 |
| (1) Entstehungsgeschichte   | 206 |
| (2) Bedeutung und Struktur  | 207 |
| b) Informationszugangsregeln der Aarhus-Konvention                        | 209 |
| (1) Zugangsanspruch   | 209 |
| (2) Einschränkungen   | 211 |
| 2. Die Umweltinformationsfreiheit im Unionsrecht                          | 213 |
| a) Umweltinformationsfreiheit auf Unionsebene                             | 213 |
| b) Umweltinformationsfreiheitsvorgaben für die Mitgliedstaaten            | 215 |
| 3. (Landes-)Verfassungsrechtliche Bestimmungen                            | 217 |
| 4. Das Umweltinformationsfreiheitsrecht auf einfachgesetzlicher Ebene     | 219 |
| a) Das Umweltinformationsfreiheitsgesetz des Bundes                       | 219 |
| (1) Entstehungsgeschichte   | 219 |
| (2) Parallelen zum allgemeinen Informationsfreiheitsrecht auf Bundesebene | 220 |
| (3) Besonderheiten des Umweltinformationsfreiheitsgesetzes                | 222 |
| (a) Anspruchsberechtigte und -verpflichtete                               | 222 |
| (b) Anspruchsgegenstand   | 224 |
| (c) Ablehnungsgründe  | 224 |
| (d) Richtigkeitsgewähr  | 226 |
| (e) Verfahren   | 227 |
| (f) Proaktive Informationspflichten                                       | 227 |
| b) Die Umweltinformationsfreiheitsgesetze der Länder                      | 228 |
| IV. Sonstige spezifische Zugangsrechte und Informationspflichten          | 231 |
| 1. Zugang zu Verbraucherinformationen                                     | 231 |
| a) Entstehung, Regelungsziele und partizipationsrechtliche Einordnung     | 231 |
| b) Parallelen zum allgemeinen Informationsfreiheitsrecht                  | 232 |
| c) Besonderheiten des Verbraucherinformationsrechts                       | 234 |
| (1) Anspruchsverpflichtete  | 234 |
| (2) Anspruchsgegenstand   | 235 |
| (3) Ablehnungsgründe  | 237 |
| (a) Öffentliche Belange   | 237 |
| (b) Private Belange   | 238 |
| (4) Richtigkeitsgewähr  | 239 |

|   |     |
|---|-----|
| (5) Proaktive Publikationstätigkeit öffentlicher Stellen                  | 240 |
| 2. Zugang zu Geodaten   | 241 |
| a) Unionsrechtliche Grundlage: Die INSPIRE-Richtlinie                     | 241 |
| b) Umsetzung in Deutschland   | 242 |
| (1) Bundesebene   | 242 |
| (2) Länderebene   | 243 |
| 3. Informationspflichten hoheitlicher Organe gegenüber der Öffentlichkeit | 245 |
| a) Staatsorganisatorische Informationspflichten                           | 245 |
| b) Kommunalverfassungsrechtliche Informationspflichten                    | 247 |
| (1) Allgemeine Unterrichts- und Aktivierungspflicht                       | 247 |
| (2) Besondere frühzeitige Informationspflicht                             | 249 |
| (3) Einwohner- oder Bürgerversammlungen                                   | 250 |
| (4) Übersicht   | 252 |
| V. Konvergenzentwicklung im Informationszugangsrecht                      | 253 |
| 1. Ausgangslage   | 253 |
| 2. Folgen   | 254 |
| 3. Kodifikationsdiskussion  | 255 |
| VI. Einordnung in das Partizipationsrecht                                 | 258 |
| 1. Erfüllung der Partizipationsrechtsfunktionen                           | 258 |
| 2. Weitere Informationszugangsregelungen                                  | 260 |
| a) Partizipationsrechtliche Bestimmungen geringerer Bedeutung             | 260 |
| b) Bestimmungen ohne partizipationsrechtlichen Charakter                  | 261 |
| 3. Kapitel: Anregungsrechte   | 263 |
| I. Bedeutung  | 263 |
| II. Einseitige Anregungsrechte ohne rechtliche Responsivität              | 264 |
| 1. Einordnung   | 264 |
| 2. Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1, 1. Hs. GG                        | 266 |
| a) Schutzbereich  | 266 |
| b) Schranken  | 270 |
| c) Die Meinungsfreiheit im Völker-, Unions- und Landesverfassungsrecht    | 272 |
| d) Partizipationsrechtliche Bedeutung                                     | 274 |
| 3. Versammlungsrecht, Art. 8 Abs. 1 GG                                    | 275 |
| a) Charakter des Grundrechts  | 275 |
| b) Schutzbereich  | 276 |
| c) Schranken  | 284 |

|  |     |
|--|-----|
| d) Die Versammlungsfreiheit im Völker-, Unions- und Landesverfassungsrecht | 287 |
| e) Partizipationsrechtliche Bedeutung                                      | 289 |
| III. Anregungsrechte mit einem einfachen Reaktionsanspruch                 | 291 |
| 1. Petitionsrecht  | 291 |
| a) Charakter des Grundrechts   | 291 |
| b) Gegenstand, Grenzen und Umsetzung des Petitionsrechts                   | 294 |
| (1) Schutzbereich  | 294 |
| (2) Gewährleistungen, insbesondere Begründungsanspruch                     | 298 |
| (3) Schranken  | 302 |
| (4) Verfahren bei Parlamentspetitionen                                     | 303 |
| c) Sonderformen  | 307 |
| (1) Öffentliche Petition   | 307 |
| (2) Anrufung einer offiziellen Ombudsperson                                | 313 |
| d) Das Petitionsrecht im Völker-, Unions- und Landesverfassungsrecht       | 317 |
| (1) Völkerrecht  | 317 |
| (2) Unionsrecht  | 317 |
| (3) Landesverfassungsrecht   | 319 |
| e) Partizipationsrechtliche Bedeutung                                      | 321 |
| 2. Äußerungsrechte in kommunalen Gremien                                   | 323 |
| IV. Anregungsrechte mit einem qualifizierten Reaktionsanspruch             | 325 |
| 1. Wesensmerkmale und Einordnung von Befassungsinitiativen                 | 325 |
| 2. Europäische Bürgerinitiative  | 326 |
| a) Stellung im demokratischen Legitimationskonzept der Union               | 326 |
| b) Voraussetzungen, Ablauf und Wirkungen der Europäischen Bürgerinitiative | 328 |
| (1) Vorbereitungsphase: Gründung einer Organisationsgruppe                 | 328 |
| (2) Erster Verfahrensabschnitt: Zulassungsphase                            | 329 |
| (3) Zweiter Verfahrensabschnitt: Kampagnenphase                            | 332 |
| (4) Dritter Verfahrensabschnitt: Inhaltliche Diskussionsphase              | 334 |
| c) Partizipationsrechtliche Bedeutung                                      | 337 |
| 3. Volksinitiative sowie Bürger- oder Einwohnerantrag                      | 342 |
| a) Charakter der Antragsinstrumente  | 342 |
| b) Volksinitiative oder -antrag  | 342 |
| (1) Rechtsgrundlagen und Verfahrensart                                     | 342 |



|   |         |
|---|---------|
| (2) Gegenstand  | 345     |
| (3) Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen   | 348     |
| (4) Prüfung und Rechtsfolgen  | 350     |
| (5) Übersicht   | 352     |
| c) Einwohner- oder Bürgerantrag   | 353     |
| (1) Gegenstand  | 353     |
| (2) Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen   | 355     |
| (3) Prüfung und Rechtsfolgen  | 358     |
| (4) Übersicht   | 360     |
| d) Partizipationsrechtliche Bedeutung   | 361     |
| <br>4. Kapitel: Konsultationsrechte   | <br>365 |
| I. Bedeutung  | 365     |
| II. Anhörungsrechte 1: Unionsrechtliche Kommunikationspflichten<br>von Unionsorganen      | <br>366 |
| 1. Einordnung   | 366     |
| 2. Die einzelnen Kommunikationsformate  | 368     |
| a) Artikulationsermöglichung (Art. 11 Abs. 1 EUV)   | 368     |
| b) Dialog mit repräsentativen Verbänden und der<br>Zivilgesellschaft (Art. 11 Abs. 2 EUV) | 369     |
| c) Betroffenenanhörungen (Art. 11 Abs. 3 EUV)   | 372     |
| 3. Exkurs: Parallele im UN-Völkerrecht  | 372     |
| 4. Partizipationsrechtliche Bedeutung   | 373     |
| III. Anhörungsrechte 2: Partizipation bei Gesetzgebungsverfahren                          | 374     |
| 1. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben  | 374     |
| 2. Partizipative Gesetzgebung in Deutschland  | 375     |
| a) Anknüpfungspunkte im Gesetzgebungsprozess  | 375     |
| b) Bundesebene  | 377     |
| c) Länderebene  | 378     |
| (1) Materielles Gesetzgebungsverfahren  | 378     |
| (a) Allgemeine Regelungen   | 378     |
| (b) Fachlich-sektorale Regelungen   | 380     |
| (2) Formelles Gesetzgebungsverfahren  | 381     |
| d) Verfassungsrechtliche Anforderungen  | 382     |
| 3. Partizipationsrechtliche Bedeutung   | 383     |

|   |     |
|---|-----|
| IV. Anhörungsrechte 3: Öffentlichkeitsbeteiligung in<br>Verwaltungsverfahren                            | 385 |
| 1. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben  | 385 |
| a) Regeln zur Öffentlichkeitsbeteiligung der Aarhus-<br>Konvention                                      | 385 |
| (1) Umweltbezogene Genehmigungs- oder<br>Zulassungsentscheidungen                                       | 385 |
| (2) Pläne, Programme und Politiken  | 388 |
| (3) Justiziabilität der Öffentlichkeitsbeteiligung  | 388 |
| b) Weitere völkerrechtliche Vorgaben zur<br>Öffentlichkeitsbeteiligung                                  | 389 |
| c) Unionsrechtliche Vorgaben zur Öffentlichkeitsbeteiligung   | 390 |
| (1) Öffentlichkeitsbeteiligung auf Unionsebene<br>(Aarhus-Verordnung)                                   | 390 |
| (2) Bürgerbeteiligungsvorgaben für die Mitgliedstaaten<br>(v.a. Öffentlichkeitsbeteiligungs-Richtlinie) | 391 |
| 2. Verfahrensarten im nationalen Verwaltungsrecht   | 394 |
| a) Grundtypik verwaltungsrechtlicher Anhörungsverfahren   | 394 |
| (1) Anwendungsbereich   | 394 |
| (2) Grundstruktur des Verfahrens  | 396 |
| b) Verwaltungsverfahren mit einem integrierten zentralen<br>Anhörungsverfahren                          | 399 |
| (1) Planfeststellungsrecht  | 399 |
| (a) Charakter und Anwendbarkeit   | 399 |
| (b) Verfahrensablauf, insbesondere<br>Anhörungsverfahren  | 401 |
| (aa) Bekanntmachung und Planauslegung   | 401 |
| (bb) Einwendungsberechtigung  | 403 |
| (cc) Erörterungstermin  | 405 |
| (dd) Präklusion   | 408 |
| (ee) Verfahrensabschluss  | 408 |
| (2) Dem Planfeststellungsrecht sehr ähnliche Verfahren<br>(mit Erörterungstermin)                       | 412 |
| (a) Strategische Umweltprüfung und<br>Umweltverträglichkeitsprüfung                                     | 412 |
| (b) Immissionsschutzrechtliche Verfahren  | 415 |
| (c) Gentechnikrechtliches und atomrechtliches<br>Genehmigungsverfahren                                  | 418 |
| (3) Raumordnungsrecht   | 419 |
| (a) Raumordnungsplanung   | 419 |

|  |     |
|--|-----|
| (b) Raumverträglichkeitsprüfung  | 421 |
| (c) Landesrecht  | 422 |
| (4) Weitere fachgesetzlich geregelte Verfahren ohne Erörterungstermin                              | 423 |
| (a) Allgemeine Öffentlichkeitsbeteiligung  | 423 |
| (b) Besondere Verbandsbeteiligungen  | 427 |
| (aa) Mittelbarer Partizipationsrechtscharakter bei Popularoffenheit                                | 427 |
| (bb) Naturschutzrecht  | 427 |
| (cc) Tierschutzrecht   | 428 |
| (dd) Patienten- und Behindertengleichstellungsrecht  | 429 |
| c) Verwaltungsverfahren mit mehrstufigen Anhörungsverfahren  | 429 |
| (1) Bauleitplanung   | 429 |
| (a) Einordnung und Öffentlichkeitsbegriff  | 429 |
| (b) Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung   | 431 |
| (c) Förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung   | 433 |
| (2) Energierecht   | 437 |
| (a) Bundesfachplanung und Planfeststellungsverfahren im NABEG                                      | 437 |
| (b) Offshore-Flächenentwicklungsplanung  | 440 |
| d) Gesetzesvorbereitende Verwaltungsverfahren  | 441 |
| (1) Vorab: Rechtliche Grenzen der Legalplanung   | 441 |
| (2) Erstellung von Szenariorahmen und Netzentwicklungsplänen für Elektrizität (und Gas)            | 444 |
| (a) Gestuftes Bedarfsplanungsverfahren   | 444 |
| (b) Partizipationsrechtliche Ausgestaltung   | 445 |
| (3) Suche und Auswahl eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle                         | 448 |
| (a) Vorgeschichte  | 448 |
| (b) Standortauswahlverfahren nach dem StandAG von 2017   | 449 |
| (c) Beteiligungskonzept  | 451 |
| (aa) Partizipationsrechtliche Instrumente  | 452 |
| (bb) Scheinpartizipative Repräsentationsformen   | 454 |
| (4) Zulassung bestimmter Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen nach dem Maßnahmenesetzvorbereitungsgesetz | 458 |
| (a) Rechtliche Zulässigkeit  | 458 |

|   |     |
|---|-----|
| (b) Verfahrensablauf mit starker<br>partizipationsrechtlicher Ausgestaltung           | 459 |
| 3. Partizipationsrechtliche Qualität und Einordnung                                   | 461 |
| a) Qualitätsprobleme des Beteiligungsverfahrens                                       | 461 |
| (1) Wahl des richtigen Zeitpunkts   | 461 |
| (2) Neutralität der für das Beteiligungsverfahren<br>zuständigen Stelle               | 468 |
| (3) Kommunikativer Erfolgsgrad  | 473 |
| (a) Umfang, Inhalt und fachsprachliche Prägung der<br>Planungs- und Antragsunterlagen | 473 |
| (b) Erörterungstermin   | 474 |
| (c) Gesamtstrategie   | 477 |
| (4) Erfassung der wahren Motive   | 477 |
| (5) Verbindlichkeit von Beteiligungsergebnissen                                       | 478 |
| (6) Verfahrensziele   | 480 |
| (a) Durchsetzungsfunktion   | 480 |
| (b) Beschleunigungsziel   | 481 |
| (7) Vielfältigkeit der Beteiligungsverfahren  | 483 |
| (8) Rechtliche Konsequenzen   | 485 |
| b) Qualitätsproblem der Justiziabilität   | 487 |
| (1) Eigenwert partizipationsrechtlicher<br>Verfahrensvorschriften und § 46 VwVfG      | 487 |
| (2) Fehlende Justiziabilität bei frühzeitiger<br>Öffentlichkeitsbeteiligung           | 492 |
| (3) Besondere Justiziabilitätsvorschriften im<br>Standortauswahlgesetz                | 492 |
| c) Einordnung in das Partizipationsrecht  | 494 |
| V. Anhörungsrechte 4: Gezielte Einwohnereinbeziehung im<br>Kommunalrecht              | 497 |
| 1. Kommunale Gebietsänderungen  | 497 |
| a) Charakter und Funktion der Anhörungsrechte   | 497 |
| b) Ausgestaltung im Einzelnen   | 497 |
| c) Partizipationsrechtliche Bedeutung   | 501 |
| 2. Kinder- und Jugendbeteiligung  | 501 |
| VI. Befragungsrechte  | 502 |
| 1. Volks-, Einwohner- und Bürgerbefragung   | 502 |
| a) Begriff  | 502 |
| b) Erscheinungsformen   | 503 |
| (1) Anwendungsbereich auf staatlicher Ebene   | 504 |
| (2) Anwendungsbereich auf kommunaler Ebene  | 505 |

|  |     |
|--|-----|
| c) Rechtliche Zulässigkeit   | 508 |
| d) Partizipationsrechtliche Bedeutung  | 515 |
| 2. Bürgerräte  | 515 |
| a) Begriff und Bedeutung   | 515 |
| b) Rechtliche Probleme   | 517 |
| c) Scheinpartizipativer Charakter  | 519 |
| 5. Kapitel: Mitgestaltungsrechte   | 521 |
| I. Einführung  | 521 |
| II. Verbands- bzw. Popularklagerechte  | 522 |
| 1. Partizipationsrechtsbezogene Ausschlüsse  | 522 |
| a) Zivilrechtliche Verbandsklagen  | 522 |
| b) Verbandsverletztenklage und egoistische Verbandsklage                                       | 523 |
| c) Partizipationsrechtsmerkmale des überindividuellen<br>Interesses und des Jedermann-Prinzips | 523 |
| (1) Datenschutz und Antidiskriminierungsrecht  | 523 |
| (2) Behindertengleichstellung  | 524 |
| 2. Völker- und unionsrechtliche Vorgaben   | 525 |
| a) Aarhus-Konvention   | 525 |
| b) Unionsrecht   | 528 |
| (1) Die umweltbezogene Verbandsklage auf Unionsebene<br>(Aarhus-Verordnung)                    | 528 |
| (2) Unionsrechtliche Vorgaben für umweltbezogene<br>Verbandsklagen in den Mitgliedstaaten      | 530 |
| (a) Öffentlichkeitsbeteiligungs-Richtlinie   | 530 |
| (b) Seveso-III-Richtlinie  | 531 |
| (c) Umwelthaftungs-Richtlinie  | 532 |
| 3. Verbands- und Popularklagerechte im nationalen Recht  | 532 |
| a) Entstehung und Einordnung   | 532 |
| b) Anwendungsbereiche für partizipationsrechtliche<br>Verbandsklagerechte                      | 536 |
| (1) Umwelt- und Naturschutz  | 536 |
| (a) Historische Entwicklung  | 536 |
| (b) Verhältnis der Verbandsklagerechte nach dem<br>UmwRG und dem BNatSchG                      | 542 |
| (c) Anerkennungsvoraussetzungen  | 543 |
| (d) Inhaltlicher Anwendungsbereich   | 547 |
| (e) Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen   | 550 |
| (aa) Klagebefugnis   | 550 |
| (bb) Rechtsbehelfsfrist  | 552 |

|   |     |
|---|-----|
| (cc) Klagebegründungsfrist  | 552 |
| (dd) Zweitklageverbot   | 554 |
| (f) Begründetheit   | 554 |
| (g) Landesrechtliche Besonderheiten   | 557 |
| (2) Umweltschäden   | 558 |
| (3) Tierschutz  | 559 |
| (a) Überblick und Grundlage   | 559 |
| (b) Anerkennung   | 561 |
| (c) Inhaltlicher Anwendungsbereich  | 562 |
| (d) Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen  | 563 |
| (e) Begründetheit   | 564 |
| (4) Perspektiven  | 564 |
| c) Anwendungsbereiche für partizipationsrechtliche<br>Popularklagerechte  | 565 |
| (1) Grundrechte und Demokratie  | 565 |
| (a) Bayerische Popularklage auf Wahrung der<br>Grundrechte  | 565 |
| (b) Wahlrechtsvermittelte Popularklage gegen die<br>Übertragung von Hoheitsrechten                              | 568 |
| (2) Standortauswahlverfahren für hochradioaktive<br>Abfälle   | 572 |
| d) Partizipationsrechtliche Bedeutung   | 572 |
| III. Politische Korporationen   | 574 |
| 1. Vorbemerkung zur partizipationsrechtlichen Bedeutung   | 574 |
| 2. Politische Parteien  | 575 |
| 3. Politische Korporationen außerhalb des Partizipationsrechts  | 577 |
| a) Gewerkschaften   | 577 |
| b) Vereine und Verbände   | 577 |
| IV. Abgrenzung zu (weiteren) zivilgesellschaftlichen<br>Mitgestaltungsformen außerhalb des Partizipationsrechts | 579 |
| 1. Gremienmitgliedschaften auf Landes- und Kommunalebene  | 579 |
| 2. Beteiligungsmodelle kraft Mitfinanzierung  | 581 |
| a) Projektbeteiligung durch privatrechtliche Vereinbarung   | 581 |
| b) Projektbeteiligung durch gesetzliche Anbieterspflicht  | 582 |
| 3. Widerstandsrecht gem. Art. 20 Abs. 4 GG  | 584 |
| 6. Kapitel: Entscheidungsrechte   | 585 |
| I. Einführung   | 585 |

|  |     |
|--|-----|
| II. Einordnung in das hoheitliche Entscheidungssystem                                  | 587 |
| 1. Spannungsverhältnis zum Repräsentativsystem   | 587 |
| a) Prämissen des Spannungsverhältnisses von direkter und repräsentativer Demokratie    | 587 |
| (1) Funktionale Alternativlosigkeit des Repräsentativsystems                           | 587 |
| (2) Strukturelle Attraktivität der direkten Demokratie für politische Minderheiten     | 588 |
| b) Verhältnis von direktdemokratischen und repräsentativ-demokratischen Entscheidungen | 591 |
| (1) Qualitativ-hierarchische Gleichrangigkeit  | 591 |
| (2) Quantitativer Funktionsunterschied der beiden Demokratieformen                     | 594 |
| c) Anforderungen an einen angemessenen Ausgleich zwischen den Demokratieformen         | 595 |
| d) Überprotektion des Repräsentativsystems   | 599 |
| (1) Normative Überprotektion   | 599 |
| (2) Verfassungsgerichtliche Überprotektion   | 600 |
| (a) Subsumtion von Zustimmungsquoren unter das Demokratieprinzip                       | 600 |
| (b) Überbetonung von Finanzvorbehalten   | 602 |
| (c) Zusammenfassende Bewertung   | 605 |
| 2. Chancen und Risiken direkt-demokratischer Entscheidungen                            | 606 |
| a) Wertvolles Ergänzungspotenzial für das Repräsentativsystem                          | 606 |
| b) Manipulationsgefahren   | 607 |
| c) Komplexitätsproblem   | 609 |
| d) Verantwortungsdiffusion   | 611 |
| e) Gefahr einer „Minderheitsherrschaft“  | 612 |
| III. Direktdemokratische Entscheidungsformen auf Bundesebene                           | 613 |
| 1. Historische Entwicklung und gegenwärtiger Befund                                    | 613 |
| a) Direkte Demokratie in der Weimarer Republik   | 613 |
| b) Beratungen des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat                               | 616 |
| (1) Ausdrückliche Ablehnung eines direktdemokratischen Entscheidungsinstrumentariums   | 616 |
| (2) Aufnahme des Begriffes der „Wahlen und Abstimmungen“ in Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG     | 619 |
| (3) Würdigung der Entscheidungen des Parlamentarischen Rates                           | 620 |

|     |   |     |
|-----|---|-----|
| c)  | Debatte der Staatsrechtslehre seit 1949 über die Zulässigkeit und Ausgestaltung direkter Demokratie auf Bundesebene | 620 |
| (1) | Wandel vom „ob“ zum „wie“   | 620 |
| (2) | Verfassungsvorbehalt  | 621 |
| (3) | Verfassungsauftrag?   | 623 |
| d)  | Erfolglose Vorstöße zur Einführung der Volksgesetzgebung auf Bundesebene  | 624 |
| e)  | Fazit und Perspektive   | 627 |
| 2.  | Sektorale direktdemokratische Entscheidungsformate  | 628 |
| a)  | Territorialplebiszite gem. Art. 29 GG   | 628 |
| (1) | Einordnung in den grundgesetzlichen Abstimmungsbegriff  | 628 |
| (2) | Nähere Ausgestaltung des Territorialplebiszits  | 629 |
| (a) | Variante 1: Länderneugliederung top-down  | 629 |
| (b) | Variante 2: Länderneugliederung bottom-up   | 630 |
| (c) | Variante 3: Länderneugliederung durch Länderkooperation   | 632 |
| (d) | Variante 4: „Bagatell“-Regelung ohne plebiszitäres Element  | 632 |
| (3) | Partizipationsrechtliche und praktische Bedeutung   | 633 |
| b)  | Verfassungsablösung gem. Art. 146   | 634 |
| (1) | Einordnung als (direktdemokratisches) Entscheidungsrecht  | 634 |
| (a) | Rechtsfolgenauslösende Rechtsnorm   | 635 |
| (b) | Direktdemokratischer Gehalt   | 636 |
| (2) | Praktische Relevanz   | 639 |
| (3) | Entwicklungsgeschichte und Anwendbarkeit des heutigen Art. 146 GG   | 641 |
| (a) | Provisorischer Charakter des Grundgesetzes von 1949 und Art. 146 GG a.F.  | 641 |
| (b) | Wiedervereinigung und Art. 146 GG n.F.  | 641 |
| (c) | Frage der Anwendbarkeit von Art. 146 GG n.F.  | 642 |
| (4) | Vorgaben für eine postgrundgesetzliche Verfassung und ihren Entstehungsprozess                                      | 646 |
| (a) | Keine Bindung an Art. 79 Abs. 2, 3 GG   | 646 |
| (b) | Vor- und überstaatliche Bindungen   | 647 |
| (c) | Bindungen aus Art. 146 GG selbst  | 648 |
| IV. | Das direktdemokratische Instrumentarium auf Landesebene   | 649 |
| 1.  | Zulässigkeit  | 649 |



|  |     |
|--|-----|
| 2. Entscheidungsgegenstände                            | 653 |
| a) Einfache Gesetzgebung                               | 653 |
| (1) Volksinitiiertes Gesetzgebungsverfahren            | 653 |
| (2) Gesetzesreferenden                                 | 654 |
| (a) Referenden auf Veranlassung von Staatsorganen      | 654 |
| (b) Volksinitiierte Gesetzesreferenden                 | 656 |
| b) Verfassungsänderungen                               | 657 |
| c) Sonstige Gegenstände der politischen Willensbildung | 660 |
| (1) Abgrenzung zu Anregungsrechten                     | 660 |
| (2) Staatsgewaltenunabhängigkeit                       | 661 |
| (3) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit                 | 661 |
| (4) Bindungswirkung                                    | 663 |
| d) Parlamentsauflösung                                 | 665 |
| e) Ländervergleich im Überblick                        | 666 |
| 3. Ablauf des volksinitiiert-direktdemokratischen      |     |
| Entscheidungsverfahrens                                | 667 |
| a) Verfahrensstruktur                                  | 667 |
| b) Die einzelnen Verfahrensstufen                      | 668 |
| (1) Befassungsinitiative oder Zulassungsverfahren      | 668 |
| (2) Volksbegehren                                      | 672 |
| (3) Volksentscheid                                     | 678 |
| c) Präventive oder repressive Rechtskontrolle          | 680 |
| d) Ländervergleich im Überblick                        | 681 |
| 4. Einschränkungen                                     | 683 |
| a) Rechtfertigungserfordernis                          | 683 |
| b) Grenzen   | 683 |
| (1) Kompetenzordnung                                   | 683 |
| (2) Allgemeine Rechtsordnung, insbesondere die         |     |
| Grundrechte  | 685 |
| (3) Finanzvorbehalt                                    | 688 |
| (a) Haushaltsvorbehalt                                 | 688 |
| (b) Weitere Finanzvorbehalte                           | 691 |
| (c) Rechtfertigung                                     | 693 |
| (4) Sonstige Anwendbarkeitsausschlüsse                 | 694 |
| (5) Wahrung der Abstimmungsfreiheit                    | 695 |
| (a) Koppelungsverbot                                   | 695 |
| (b) Sachlichkeitsgebot                                 | 696 |
| c) Quoren  | 697 |
| (1) Zulässigkeit                                       | 697 |

|   |     |
|---|-----|
| (2) Quorenarten   | 698 |
| (a) Zugangsquoren   | 698 |
| (b) Erfolgsquoren   | 701 |
| (aa) Zustimmungsquoren  | 701 |
| (bb) Beteiligungsquoren   | 701 |
| (cc) Verbot einer prohibitiven Wirkung                            | 702 |
| (3) Partizipationsrechtliche Bewertung                            | 703 |
| d) Ländervergleich im Überblick                                   | 705 |
| 5. Besondere Qualitätsfaktoren                                    | 709 |
| a) Im Verfahrensablauf  | 709 |
| (1) Waffengleichheit zwischen Initiatoren und Volksvertretung     | 709 |
| (a) Rechtsberatung  | 709 |
| (b) Kostenersatz und Transparenzvorgaben                          | 710 |
| (c) Sperrwirkung  | 712 |
| (d) Publikationsparität   | 715 |
| (2) Weiterentwicklungsspielraum                                   | 715 |
| b) Änderungsfestigkeit im Nachgang zur Entscheidung               | 717 |
| (1) Zulässigkeit und Grenzen gegenseitiger Entscheidungskorrektur | 717 |
| (2) Rechtsschutzdefizit   | 719 |
| c) Ländervergleich im Überblick                                   | 720 |
| V. Das direktdemokratische Instrumentarium auf kommunaler Ebene   | 721 |
| 1. Rechtlicher Rahmen   | 721 |
| a) Anwendungsbereich  | 721 |
| b) Zulässigkeit   | 722 |
| c) Entscheidungsgegenstände                                       | 724 |
| 2. Verfahrensabläufe  | 725 |
| a) Sachentscheidung   | 725 |
| (1) Bürgerbegehren  | 725 |
| (a) Verfahrenseinleitung und -berechtigung                        | 725 |
| (b) Formale und inhaltliche Anforderungen                         | 726 |
| (c) Sammlung  | 731 |
| (d) Zustandekommen  | 732 |
| (2) Vertretungsbegehren   | 736 |
| (3) Bürgerentscheid   | 737 |
| b) Abwahlentscheidung   | 740 |
| (1) Einordnung  | 740 |
| (2) Hürden im Bürger- und im Vertretungsbegehren                  | 741 |

|   |     |
|---|-----|
| (3) Bürgerentscheid                                 | 742 |
| 3. Einschränkungen bei Sachentscheidungen           | 744 |
| a) Inhaltliche Ausschlussstatbestände               | 744 |
| (1) Einordnung                                      | 744 |
| (2) Kommunalpolitisch bedeutsame Einschränkungen    | 745 |
| (a) Finanzvorbehalte                                | 745 |
| (b) Baurechtsvorbehalt                              | 745 |
| (c) Infrastrukturvorbehalt                          | 747 |
| (3) Verwaltungsvorbehalte                           | 748 |
| b) Verfahrensausschlüsse                            | 750 |
| c) Quoren   | 751 |
| (1) Bürgerbegehren                                  | 751 |
| (2) Bürgerentscheid                                 | 752 |
| 4. Besondere Qualitätsfaktoren                      | 753 |
| a) Im Verfahrensablauf                              | 753 |
| (1) Sperrwirkung                                    | 754 |
| (2) Publikationspflicht und -parität                | 756 |
| (3) Beratungsanspruch                               | 757 |
| (4) Aufwandsersatz                                  | 758 |
| (5) Transparenz                                     | 759 |
| b) Änderungsfestigkeit im Nachgang zur Entscheidung | 759 |
| 5. Ländervergleich im Überblick                     | 762 |
| VI. Partizipationsrechtliche Bedeutung              | 765 |
| 1. Allgemeines                                      | 765 |
| 2. Landesebene                                      | 766 |
| 3. Kommunale Ebene                                  | 769 |
| 4. Ländervergleich im Überblick                     | 772 |
| Abschluss   | 773 |
| I. Ausrichtung der Arbeit                           | 773 |
| II. Fundierung des Partizipationsrechts             | 773 |
| III. Vermessung des Partizipationsrechts            | 775 |
| Literaturverzeichnis                                | 779 |

---

## Abbildungsverzeichnis

|  | Seite |
|--|-------|
| Abbildung 1: Dokumentenzugang zu Organen der EU gem. VO 1049/2001  | 151   |
| Abbildung 2: Landesverfassungsrechtliche Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit                      | 167   |
| Abbildung 3: Vollzug des Informationsfreiheitsgesetzes auf Bundesebene   | 202   |
| Abbildung 4: Besonderheiten des Landesinformationsfreiheitsrechts  | 205   |
| Abbildung 5: Säulen der Aarhus-Konvention und ihre Umsetzung   | 208   |
| Abbildung 6: Kommunale Unterrichtungspflichten und -formate  | 253   |
| Abbildung 7: Praktische Bedeutung der Europäischen Bürgerinitiative  | 340   |
| Abbildung 8: Befassungsinitiative auf Länderebene  | 352   |
| Abbildung 9: Befassungsinitiative auf kommunaler Ebene   | 361   |
| Abbildung 10: Grundstruktur des verwaltungsrechtlichen Beteiligungsverfahrens                                    | 398   |
| Abbildung 11: Gestuftes Bedarfsplanungsverfahren für Elektrizitäts- und Gasnetze                                 | 445   |
| Abbildung 12: Beteiligungsparadox  | 463   |
| Abbildung 13: Gegenstände direktdemokratischer Entscheidungsverfahren auf Landesebene                            | 667   |
| Abbildung 14: Ablauf des volksinitiiert-direktdemokratischen Entscheidungsverfahrens auf Landesebene             | 683   |
| Abbildung 15: Quorenarten  | 698   |
| Abbildung 16: Grenzen und Quoren des volksinitiiert-direktdemokratischen Entscheidungsverfahrens auf Landesebene | 709   |
|  | 27    |

|  |     |
|--|-----|
| Abbildung 17: Besondere Qualitätsfaktoren des volksinitiiert-<br>direktdemokratischen Entscheidungsverfahrens auf<br>Landesebene | 720 |
| Abbildung 18: Das direktdemokratische Instrumentarium auf kommunaler<br>Ebene  | 764 |
| Abbildung 19: Anzahl direktdemokratischer Entscheidungsverfahren auf<br>Landes- und Kommunalebene nach Ländern                   | 772 |

---

## Abkürzungsverzeichnis

|           |   |
|-----------|---|
| ABl.      | Amtsblatt (EG/EU)                                     |
| abl.      | ablehnend   |
| Abs.      | Absatz  |
| AbstG     | Abstimmungsgesetz (mit Landeszusatz)                  |
| ACCC      | Aarhus Convention Compliance Committee                |
| a.E.      | am Ende   |
| AEG       | Allgemeines Eisenbahngesetz                           |
| AEUV      | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union  |
| AGG       | Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz                   |
| AK        | Aarhus-Konvention                                     |
| allg. M.  | allgemeine Meinung                                    |
| AllMBL    | Allgemeines Ministerialblatt (Bayern)                 |
| Anm.      | Anmerkung   |
| AO        | Abgabenordnung  |
| AtG       | Atomgesetz  |
| AtVfV     | Atomrechtliche Verfahrensverordnung                   |
| ausf.     | ausführlich   |
| BaFin     | Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht       |
| BArchG    | Bundesarchivgesetz                                    |
| BASE      | Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung |
| BauO/BO   | (Landes-)Bauordnung (mit Landeszusatz)                |
| Bay       | Bayerisch   |
| BayGLKrWG | Bayerisches Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz         |
| BayGO     | Bayerische Gemeindeordnung                            |
| BayHSchG  | Bayerisches Hochschulgesetz                           |
| BayLWG    | Bayerisches Landeswahlgesetz                          |
| BayVBl.   | Bayerische Verwaltungsblätter                         |
| BayVerf   | Verfassung des Freistaates Bayern                     |
| BB        | Brandenburg   |
| BBauG     | Bundesbaugesetz                                       |

|           |   |
|-----------|---|
| BBergG    | Bundesberggesetz  |
| BBG       | Bundesbeamtengesetz   |
| Bbg       | Brandenburgisch   |
| BbgAIG    | Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (Brandenburg)                                     |
| BbgAnhV   | Anhörungsverordnung (Brandenburg)   |
| BbgKVerf  | Kommunalverfassung des Landes Brandenburg   |
| BbgKWahlG | Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz  |
| BbgVerf   | Verfassung des Landes Brandenburg   |
| BE        | Berlin  |
| BeamStG   | Beamtenstatusgesetz   |
| BeckRS    | Beck-Rechtsprechung   |
| BEDVO     | Verordnung über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (Nordrhein-Westfalen) |
| Begr.     | Begründer   |
| Berl      | Berliner  |
| BerlVerf  | Verfassung von Berlin   |
| Beschl.   | Beschluss   |
| BezVG     | Bezirksverwaltungsgesetz  |
| BezVWG    | Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen (Hamburg)                                      |
| BFH       | Bundesfinanzhof   |
| BGB       | Bürgerliches Gesetzbuch   |
| BGG       | Behindertengleichstellungsgesetz (des Bundes; sonst mit Landeszusatz)                           |
| BHE       | Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten   |
| BHO       | Bundeshaushaltsordnung  |
| BImSchG   | Bundes-Immissionsschutzgesetz   |
| BImSchV   | Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes                                 |
| BIVO      | Verordnung (EU) 2019/788 über die Europäische Bürgerinitiative                                  |
| BMG       | Bundesmeldegesetz   |
| BMI       | Bundesministerium des Innern  |

|              |  |
|--------------|--|
| BMJ          | Bundesministerium der Justiz                                 |
| BMWi         | Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie             |
| BNA          | Bundesnetzagentur  |
| BNatSchG     | Bundesnaturschutzgesetz                                      |
| BNatSchGAG   | Bundesnaturschutzgesetz-Ausführungsgesetz (mit Landeszusatz) |
| BNDG         | Gesetz über den Bundesnachrichtendienst                      |
| BO           | (Landes-)Bauordnung (mit Landeszusatz)                       |
| BremVerf     | Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen                |
| BremWahlG    | Bremisches Wahlgesetz  |
| BT           | Bundestag  |
| BT-Drs.      | Bundestags-Drucksache  |
| BüAntrG      | Bürgerantragsgesetz Bremen                                   |
| Bü-Drs.      | Drucksache der Bürgerschaft                                  |
| BüGembeteilG | Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz (M-V)                |
| BürgGO       | Geschäftsordnung der Bürgerschaft (mit Landeszusatz)         |
| BVerf CH     | Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft       |
| BVerfG       | Bundesverfassungsgericht                                     |
| BVerfGE      | Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts                 |
| BVerfGG      | Bundesverfassungsgerichtsgesetz                              |
| BVerfGK      | Kammerentscheidung des Bundesverfassungsgerichts             |
| BVerfSchG    | Bundesverfassungsschutzgesetz                                |
| BW           | Baden-Württemberg  |
| BWahlG       | Bundeswahlgesetz   |
| BWVerf       | Verfassung des Landes Baden-Württemberg                      |
| BY           | Bayern   |
| CDU          | Christlich Demokratische Union Deutschlands                  |
| ChemG        | Chemikaliengesetz  |
| COVID-19     | Coronavirus SARS-CoV-2                                       |
| CSU          | Christlich-Soziale Union in Bayern                           |



|           |  |
|-----------|--|
| DBG       | Dialogische-Bürgerbeteiligungs-Gesetz (BW)               |
| DesignG   | Designgesetz   |
| diff.     | Differenziert  |
| DGA       | Digital Governance Act                                   |
| DNG       | Datennutzungsgesetz                                      |
| DNVP      | Deutschnationale Volkspartei                             |
| DÖV       | Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)                 |
| DRiG      | Deutsches Richtergesetz                                  |
| DSG       | Datenschutzgesetz  |
| DSGVO     | Datenschutz-Grundverordnung                              |
| DtZ       | Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift                      |
| DüngG     | Düngegesetz  |
| DVBl      | Deutsches Verwaltungsblatt                               |
| DVP       | Demokratische Volkspartei                                |
| EAusschG  | Gesetz über den Eingabenausschuss (Hamburg)              |
| EBIG      | Gesetz zur Europäischen Bürgerinitiative                 |
| EGMR      | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte              |
| EGovG     | E-Government-Gesetz (des Bundes; sonst mit Landeszusatz) |
| EGV       | Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft       |
| EIB       | Europäische Investitionsbank                             |
| EJM       | Europäisches Journal für Minderheitenfragen              |
| EKC       | Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung       |
| EMRK      | Europäische Menschenrechtskonvention                     |
| Entsch.   | Entscheidung   |
| EnWG      | Energiewirtschaftsgesetz                                 |
| EP        | Europäisches Parlament                                   |
| Erg.-Lfg. | Ergänzungslieferung                                      |
| EuG       | (Europäisches) Gericht                                   |
| EuGH      | Europäischer Gerichtshof                                 |
| EuR       | Europarecht (Zeitschrift)                                |
| EuWG      | Europawahlgesetz   |

|           |   |
|-----------|---|
| EuZW      | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht  |
| EZB       | Europäische Zentralbank   |
| FAZ       | Frankfurter Allgemeine Zeitung  |
| FDP       | Freie Demokratische Partei  |
| FlurbG    | Flurbereinigungsgesetz  |
| FlUUG     | Flugunfall-Untersuchungs-Gesetz   |
| Fn.       | Fußnote   |
| FraktG    | Fraktionsgesetz (mit Landeszusatz)  |
| FStrG     | Bundesfernstraßengesetz   |
| FTG       | Feiertagsgesetz (mit Landeszusatz)  |
| GBO       | Grundbuchordnung  |
| GDIG      | Geodateninfrastrukturgesetz (mit Landeszusatz)  |
| GemO      | Gemeindeordnung (mit Landeszusatz)  |
| GenTAnhV  | Gentechnik-Anhörungsverordnung  |
| GenTG     | Gentechnikgesetz  |
| GeoVermG  | Geoinformations- und Vermessungsgesetz (mit Landeszusatz)                                       |
| GeoZG     | Geodatenzugangsgesetz (des Bundes; sonst mit Landeszusatz)                                      |
| GeschGehG | Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen   |
| GewArch   | Gewerbearchiv (Zeitschrift)   |
| GG        | Grundgesetz   |
| GGO       | Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (bzw. von Landesministerien mit Landeszusatz) |
| GKWG SH   | Gemeinde- und Kreiswahlgesetz Schleswig-Holstein  |
| GLKrWG    | Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (Bayern)  |
| GO        | Geschäftsordnung  |
| GQP       | Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (BW)                        |
| GS        | Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten   |
| GVBl.     | Gesetz- und Verordnungsblatt (mit Landeszusatz)   |
| GVG       | Gerichtsverfassungsgesetz   |

|          |   |
|----------|---|
| GWB      | Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen  |
| HB       | Bremen  |
| HBO      | Hessische Bauordnung  |
| HDSIG    | Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz                             |
| HE       | Hessen  |
| HessVerf | Verfassung des Landes Hessen  |
| HessVGH  | Hessischer Verwaltungsgerichtshof   |
| HGB      | Handelsgesetzbuch   |
| HGO      | Hessische Gemeindeordnung   |
| HH       | Hamburg   |
| HLPG     | Hessisches Landesplanungsgesetz   |
| h.M.     | herrschende Meinung   |
| HmbTG    | Hamburgisches Transparenzgesetz   |
| HmbVerf  | Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg  |
| Hrsg.    | Herausgeber   |
| Hs.      | Halbsatz  |
| HStR     | Handbuch des Staatsrechts   |
| HUIG     | Hessisches Umweltinformationsgesetz   |
| HVGG     | Hessisches Vermessungs- und Geoinformationsgesetz                                   |
| HVwVfG   | Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz  |
| HwO      | Handwerksordnung  |
| i.E.     | im Ergebnis   |
| IE-RL    | Richtlinie über Industrieemissionen   |
| IFG      | Informationsfreiheitsgesetz (des Bundes; sonst mit Landeszusatz)                    |
| IPbpR    | Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte                         |
| IR       | InfrastrukturRecht (Zeitschrift)  |
| i.V.m.   | in Verbindung mit   |
| IVU-RL   | Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung |
| IWG      | Informationsweiterwendungsgesetz  |

|            |  |
|------------|--|
| IZG        | Informationszugangsgesetz (mit Landeszusatz)   |
| JAPA       | Journal of the American Institute of Planners/Journal of the American Planning Association |
| JM         | juris Die Monatszeitschrift  |
| JöR n.F.   | Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, neue Folge                                 |
| JSE        | Jura, Studium & Examen (Ausbildungszeitschrift)  |
| JuS        | Juristische Schulung (Ausbildungszeitschrift)  |
| JZ         | JuristenZeitung  |
| KommJur    | Kommunaljurist (Zeitschrift)   |
| KomWG      | Kommunalwahlgesetz (mit Landeszusatz)  |
| KPD        | Kommunistische Partei Deutschlands   |
| krit.      | kritisch   |
| KritV      | Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft                     |
| KrO        | Kreisordnung (mit Landeszusatz)  |
| KrWG       | Kreislaufwirtschaftsgesetz   |
| KSpG       | Kohlendioxid-Speicherungsgesetz  |
| KSVG SL    | Kommunalselbstverwaltungsgesetz (Saarland)   |
| KVG LSA    | Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt  |
| KV M-V     | Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern                                       |
| KWG        | Kommunalwahlgesetz (mit Landeszusatz)  |
| LADG       | Landesantidiskriminierungsgesetz (Berlin)  |
| LaplaG SH  | Landesplanungsgesetz Schleswig-Holstein  |
| LBGG/L-BGG | Landes-Behindertengleichstellungsgesetz (mit Landeszusatz)                                 |
| LBO/LBauO  | Landesbauordnung (mit Landeszusatz)  |
| LEntwG LSA | Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt  |
| LFGB       | Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch                              |
| LGBG       | Landesgleichberechtigungsgesetz (mit Landeszusatz)   |

|             |   |
|-------------|---|
| LGDIG       | Landesgeodateninfrastrukturgesetz (mit Landeszusatz)                        |
| LGeoZG      | Landesgeodatenzugangsgesetz (mit Landeszusatz)                              |
| LIFG        | Landesinformationsfreiheitsgesetz (mit Landeszusatz)                        |
| LInklG      | Landesinklusionsgesetz (mit Landeszusatz)                                   |
| LKO/LKrO    | Landkreisordnung (mit Landeszusatz)   |
| LKRZ        | Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland |
| LKV         | Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)                                |
| LNatSchG    | Landesnaturenschutzgesetz (mit Landeszusatz)                                |
| LPlG/LpIG   | Landesplanungsgesetz (mit Landeszusatz)                                     |
| LPresseG    | Landespressegesetz (mit Landeszusatz)                                       |
| Ls.         | Leitsatz  |
| LSA         | Sachsen-Anhalt (wie ST)   |
| LSAVerf     | Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt  |
| LT-Drs.     | Landtagsdrucksache (mit Landeszusatz)                                       |
| LTranspG    | Landestransparenzgesetz (mit Landeszusatz)                                  |
| LuftVG      | Luftverkehrsgesetz  |
| LUIG        | Landes-Umweltinformationsgesetz (mit Landeszusatz)                          |
| LUVPG       | Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (mit Landeszusatz)      |
| LVerfGG     | Landesverfassungsgerichtsgesetz (mit Landeszusatz)                          |
| LVwG        | Landesverwaltungsgesetz (mit Landeszusatz)                                  |
| LVwVfG      | Landesverwaltungsverfahrensgesetz (mit Landeszusatz)                        |
| LWahlG      | Landeswahlgesetz (mit Landeszusatz)   |
| LWG         | Landeswassergesetz (mit Landeszusatz)                                       |
| MADG        | Gesetz über den militärischen Abschirmdienst                                |
| MBPlG       | Magnetschwebebahnplanungsgesetz   |
| MediationsG | Mediationsgesetz  |
| MgvG        | Maßnahmengesetzbereitigungsgesetz   |

|              |  |
|--------------|--|
| MMR          | Multimedia und Recht – Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung    |
| MRO-RL       | Richtlinie 2014/89/EU zur Schaffung eines Rahmens für die maritime Raumplanung   |
| MStV         | Medienstaatsvertrag  |
| MüG          | Gesetz zur Marktüberwachung und zur Sicherstellung der Konformität von Produkten |
| MV, M-V      | Mecklenburg-Vorpommern   |
| MVVerf       | Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern                                     |
| m.w.N.       | mit weiteren Nachweisen  |
| NABEG        | Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz                                 |
| NATO         | North Atlantic Treaty Organization   |
| NatSchG/NatG | Naturschutzgesetz (mit Landeszusatz)   |
| NdsOVG       | Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht   |
| NdsVerf      | Niedersächsische Verfassung  |
| NGDIG        | Niedersächsisches Geodateninfrastrukturgesetz                                    |
| NHGV         | Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen (Bayern)   |
| NI           | Niedersachsen  |
| NJ           | Neue Justiz (Zeitschrift)  |
| NJW          | Neue Juristische Wochenschrift   |
| NKomVG       | Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz                                      |
| NKWG         | Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz   |
| NROG         | Niedersächsisches Raumordnungsgesetz   |
| NRW          | Nordrhein-Westfalen  |
| NRWVerf      | Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen                                      |
| NSDAP        | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei                                   |
| NUIG         | Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz                                       |
| NUVPg        | Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung                  |
| NVAbstG      | Niedersächsisches Volksabstimmungsgesetz   |
| NVwZ         | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht  |
| NVwZ-RR      | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report                     |

|                  |   |
|------------------|---|
| NWVB.            | Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter   |
| ODaG             | Offene-Daten-Gesetz (Schleswig-Holstein)  |
| OD/PSI-RL        | Richtlinie (EU) 2019/1024 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors                         |
| ÖB-RL            | Richtlinie 2003/35/EG über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme       |
| ÖsterrB-VG       | Bundes-Verfassungsgesetz von Österreich   |
| PartG            | Parteiengesetz  |
| PartIntG         | Partizipations- und Integrationsgesetz (mit Landes-<br>zusatz)  |
| PatBeteiligungsV | Patientenbeteiligungsverordnung   |
| PatG             | Patentgesetz  |
| PBefG            | Personenbeförderungsgesetz  |
| PdK              | Praxis der Kommunalverwaltung   |
| PDS              | Partei des Demokratischen Sozialismus   |
| PetA             | Petitionsausschuss  |
| PetAG            | Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (ohne Zusatz) oder eines Landtages (mit Landeszusatz)     |
| PetBüG           | Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz (Mecklenburg-Vorpommern)  |
| PetG             | Petitionsgesetz (mit Landeszusatz)  |
| PKV              | Paulskirchenverfassung (Verfassung des Deutschen Reiches vom 28.3.1949)   |
| PlanSiG          | Planungssicherstellungsgesetz   |
| PlfZV            | Planfeststellungszuweisungsverordnung   |
| PlProt.          | Plenarprotokoll (mit Bundestags- oder Landes-<br>zusatz)  |
| ProdSG           | Produktsicherheitsgesetz  |
| PSI-RL           | Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung der Informationen des öffentlichen Sektors (engl.: re-use of public sector information) |
| PStG             | Personenstandsgesetz  |
| PVS              | Politische Vierteljahresschrift   |

|               |   |
|---------------|---|
| RLöP          | Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen (des Deutschen Bundestages) |
| RLP           | Rheinland-Pfalz   |
| RLPVerf       | Verfassung für Rheinland-Pfalz  |
| Rn.           | Randnummer  |
| ROG           | Raumordnungsgesetz  |
| S./s.         | Satz/Seite/siehe  |
| SaarlVerf     | Verfassung des Saarlandes   |
| Sächs         | Sächsisch   |
| SächsEGovGDVO | Sächsische E-Government-Gesetz-Durchführungsverordnung                                |
| SächsTranspG  | Sächsisches Transparenzgesetz   |
| SächsVerf     | Verfassung des Freistaates Sachsen  |
| SchlHVVerf    | Verfassung des Landes Schleswig-Holstein  |
| SED           | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands  |
| SeeAnlG       | Seeanlagengesetz  |
| SenMitw(Bet)G | Seniorenmitwirkungs(- und Beteiligungs)gesetz (mit Länderzusatz)                      |
| SGB IX        | Neuntes Buch Sozialgesetzbuch   |
| SGDIG         | Saarländisches Geodateninfrastrukturgesetz  |
| SH            | Schleswig-Holstein  |
| SIFG          | Saarländisches Informationsfreiheitsgesetz  |
| SL            | Saarland  |
| SLPG          | Saarländisches Landesplanungsgesetz   |
| SN            | Sachsen   |
| SNG           | Saarländisches Naturschutzgesetz  |
| SPD           | Sozialdemokratische Partei Deutschlands   |
| ST            | Sachsen-Anhalt (wie LSA)  |
| StandAG       | Standortauswahlgesetz (von 2017)  |
| StandAG a.F.  | Standortauswahlgesetz (von 2013)  |
| StGB          | Strafgesetzbuch   |
| StRGO         | Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung                                      |
| StUG          | Stasi-Unterlagen-Gesetz   |
| StVG          | Straßenverkehrsgesetz   |



|            |  |
|------------|--|
| SÜG        | Sicherheitsüberprüfungsgesetz  |
| SUIG       | Saarländisches Umweltinformationsgesetz  |
| SUP        | Strategische Umweltprüfung   |
| SUP-RL     | Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme  |
| SUVPG      | Saarländisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung   |
| TH         | Thüringen  |
| Thür       | Thüringer  |
| ThürBVVG   | Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Bürgerantrag, Volksbegehren und Volksentscheid                                       |
| ThürEBBG   | Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid                                  |
| ThürGGO    | Gemeinsame Geschäftsordnung für die Landesregierung sowie für die Ministerien und die Staatskanzlei des Freistaats Thüringen |
| ThürGlG    | Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen   |
| ThürKO     | Thüringer Kommunalordnung  |
| ThürTG     | Thüringer Transparenzgesetz  |
| ThürVerf   | Verfassung des Freistaates Thüringen   |
| TierSchMVG | Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen (mit Landeszusatz)          |
| TierSchVKG | Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine (mit Landeszusatz)  |
| TKG        | Telekommunikationsgesetz   |
| UA         | Unterabsatz  |
| UH-RL      | Umwelthaftungs-Richtlinie  |
| UIG        | Umweltinformationsfreiheitsgesetz (des Bundes; sonst mit Landeszusatz)   |
| UI-RL      | Umweltinformations-Richtlinie  |
| UKlaG      | Unterlassungsklagengesetz  |
| UmwRG      | Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz   |
| UN         | Vereinte Nationen  |
| UNECE      | United Nations Economic Commission for Europe  |

|          |  |
|----------|--|
| Urt.     | Urteil   |
| USchadG  | Umweltschadensgesetz   |
| UVP      | Umweltverträglichkeitsprüfung  |
| UVPG     | Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung<br>(ggf. mit Länderzusatz)                                     |
| UVP-RL   | Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung  |
| UVwG     | Umweltverwaltungsgesetz (Baden-Württemberg)  |
| UWG      | Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb   |
| VAbstG   | Volksabstimmungsgesetz (mit Landeszusatz)  |
| VAGBbg   | Volksabstimmungsgesetz Brandenburg   |
| VaG M-V  | Volksabstimmungsgesetz Mecklenburg-Vorpom-<br>mern   |
| VBlBW    | Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg   |
| VDI      | Verein Deutscher Ingenieure e.V.   |
| VEG      | Gesetz über den Volksentscheid (Weimarer Repu-<br>blik)  |
| VerfBrhv | Verfassung für die Stadt Bremerhaven   |
| VerfG    | Verfassungsgericht (mit Landeszusatz)  |
| VerfGH   | Verfassungsgerichtshof (mit Landeszusatz)  |
| VersG    | Versammlungsgesetz (des Bundes; sonst mit Lan-<br>deszusatz)   |
| VERW     | Die Verwaltung (Zeitschrift)   |
| VerwArch | Verwaltungs-Archiv, Zeitschrift für Verwaltungs-<br>lehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik           |
| VGH      | Verwaltungsgerichtshof   |
| VgV      | Vergabeverordnung  |
| VHMPG    | Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz (mit Landes-<br>zusatz)   |
| VIVBVEG  | Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative,<br>Volksbegehren und Volksentscheid (Nordrhein-<br>Westfalen) |
| VPetG    | Gesetz über Volkspetitionen (Hamburg)  |
| VVDStRL  | Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen<br>Staatsrechtslehrer                                       |
| VVG HB   | Gesetz über das Verfahren beim Volksentscheid<br>(Bremen)  |

|                |   |
|----------------|---|
| VVG            | Gesetz über Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid (Sachsen)   |
| VVVVerfG       | Gesetz über das Verfahren bei Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung nach Artikel 29 Abs. 6 des Grundgesetzes |
| VwVfG          | Verwaltungsverfahrensgesetz   |
| WahlKostVO     | Wahlkostenerstattungsverordnung (Niedersachsen)   |
| WaStrG         | Bundeswasserstraßengesetz   |
| WBO            | Wehrbeschwerdeordnung   |
| WHG            | Wasserhaushaltsgesetz   |
| WindSeeG       | Windenergie-auf-See-Gesetz  |
| WRV            | Weimarer Reichsverfassung (Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919)  |
| WürttVerf 1819 | Verfassung des Königreichs Württemberg von 1819   |
| ZaöRV          | Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht  |
| ZDG            | Zivildienstgesetz   |
| ZfBR           | Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht   |
| ZfVP           | Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft   |
| ZG             | Zeitschrift für Gesetzgebung  |
| ZNER           | Zeitschrift für Neues Energierecht  |
| ZParl          | Zeitschrift für Parlamentsfragen  |
| ZPol           | Zeitschrift für Politikwissenschaft   |
| ZRP            | Zeitschrift für Rechtspolitik   |
| ZSE            | Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften  |
| ZUR            | Zeitschrift für Umweltrecht   |